

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Schulausschusses
vom 20.09.2018**

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:08 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit VorlNr.

Vorsitzender Holsten eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge VorlNr.

Vors. Holsten bittet um Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt "Verpflichtung nach § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung nach § 43 NKomVG des hinzugewählten David Bekish" als TOP 4 neu.

Der Schulausschuss stellt die geänderte Tagesordnung einstimmig fest.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2017 VorlNr.

Die Niederschrift vom 07.11.2017 wird bei zwei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

TOP 4 Verpflichtung nach § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung nach § 43 NKomVG des Hinzugewählten David Bekish VorlNr.

Bgm Weber verpflichtet den Hinzugewählten für die Schüler, Herrn David Bekish nach § 60 NKomVG per Handschlag. Er weist ihn darauf hin, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Bgm Weber weist Herrn Bekish zudem gemäß § 43 NKomVG auf seine Pflichten (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot, Vertretungsverbot) nach den §§ 40 bis 42 NKomVG hin.

Der Hinweis wird aktenkundig gemacht.

TOP 5 Fragen zur Entwicklung im Bereich der Grundschulen; Anfrage der Arbeitsgruppe WIR/FDP im Stadtrat Rotenburg (Wümme) vom 28.08.2018

VorlNr.
0447/2016-2021

BG Kohlmeier bedankt sich für die Auflistung der Verwaltung und betont, dass durch ergänzende Anträge der Politik die Grundschulen in diesem Bereich weiterentwickelt werden können.

Frau Gathmann berichtet von der Ausstattung der Schule am Grafel und äußert den Wunsch, dass man den Mini-PC-Raum besser ausstatten sollte.

Frau Enders bringt ihre Freude über ein funktionierendes WLAN-Netzwerk in der Stadtschule zum Ausdruck und berichtet, dass eine Arbeitsgruppe einige Lösungen für die Bedarfe der Schule entwickeln wird.

Herr Lüdemann trägt die im Haushalt 2019 geplanten Mittel für die digitale Entwicklung der Schulen vor.

Bgm Weber betont, dass er sich beim Amtsantritt zusammen mit Erster Stadträtin Nadermann die Ist-Situation an den Rotenburger Schulen angeschaut habe und die Digitalisierung, der Bau von Mensen an allen Schulen sowie die Entwicklung der IGS daraus resultierende Handlungsfelder waren. Er sei froh, dass sich seitdem einiges getan habe und das Ziel sei, weiter an der Realisierung der Pläne zu arbeiten.

Kenntnisnahme:

Der Schulausschuss nimmt Kenntnis von den Fragen zur Entwicklung im Bereich der Grundschulen; Anfrage der Arbeitsgruppe WIR/FDP im Stadtrat Rotenburg (Wümme) vom 28.08.2018 und den Antworten der Verwaltung darauf.

TOP 6 Errichtung einer Oberstufe an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Rotenburg zum Schuljahresbeginn 2020/2021

VorlNr.
0448/2016-2021

Bgm Weber berichtet, dass die Einrichtung der IGS die Politik und die Verwaltung seit einigen Jahren beschäftigt und die jetzige, kontroverse Diskussion in den Medien, so von der Verwaltung, nicht beabsichtigt gewesen sei. Er habe vor zwei Jahren die Gespräche mit Frau Rehder vom Ratsgymnasium aufgenommen, um Kooperationen zwischen einer möglichen IGS-Oberstufe und dem Ratsgymnasium zu erzielen. Auch mit dem Schulträger des Ratsgymnasiums und der BBS wurden frühzeitig Gespräche geführt. Die Einführung der IGS sei im Oktober 2009 vom Stadtrat einstimmig beschlossen worden und nach dem Niedersächsischen Schulgesetz sei der Schulträger verpflichtet, bei ausreichenden Schülerzahlen, die Oberstufe einzuführen. Zudem stehe auch im Niedersächsischen Schulgesetz, dass die Schülerinnen und Schüler einer Gesamtschule von der 5. bis zur 13. Klassenstufe unterrichtet werden. Er wolle sich nicht vorwerfen lassen, nicht nach dem Niedersächsischen Schulgesetz gehandelt zu haben. Jetzt seien bereits 70 Kinder in den E-Kursen, also in Kursen in denen die Schülerinnen und Schüler den erweiterten Realschulabschluss erreichen können. Der Schulvorstand, der Schulelternrat und der Stadtelternrat haben alle für die Einrichtung einer Oberstufe an der IGS gestimmt. Bgm Weber fügt hinzu, dass der Stadtelternrat sogar abgestimmt habe, obwohl dies nicht für das Verfahren erforderlich sei. Er betont zudem, dass die anonyme und einwandfreie Befragung der Eltern der IGS mit einer klaren Zustimmung von 80,6 % für die Einrichtung der IGS Oberstufe eine klare Richtungsentscheidung sei. Jetzt sei es folgerichtig, Beschlüsse für die Einrichtung der IGS Oberstufe zu beraten. Bgm Weber berichtet, dass die Landesschulbehörde nach den Schülerzahlen in den Folgejahren gefragt habe und auch hier könne berichtet werden, dass die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Zukunft reichen werde. Die Prognosen bei der Einrichtung der IGS seien übertroffen worden und Rotenburg werde in Zukunft auch noch weiterwachsen. Bgm Weber weist daraufhin, dass die „Katastrophe“, des nicht Erreichens des Klassenziels, dass man die

Schule als junge/r Schüler/in verlassen müsse und des Sitzenbleibens vermieden werden könne. Das Abitur an der IGS zu machen, könne eine zweite Chance für eine/n Schüler/in sein. Einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen sei das Ziel. Bgm Weber sagt zu den Bedenken des Ratsgymnasiums, dass Kurse durch eine weitere Oberstufe gefährdet werden, dass dies nicht der Fall sei. Viel eher können Kooperationen einige Kurse ausgleichen und es sei egal von welcher Schule die Schüler- oder Lehrerschaft komme. Die bisherigen Investitionen von rund 15 Mio. Euro seien gut investives Geld, denn dieses Geld hätte so oder so in die Real- oder Hauptschule investiert werden müssen.

RH Dr. Rinck ist gegen die Einrichtung der Oberstufe an der IGS und für den Erhalt der bisherigen funktionsfähigen Oberstufen. Man müsse sehen, dass Rotenburg, als Kleinstadt, in einem ländlichen Raum sei und deswegen eine beschränkte Anzahl an Schülerinnen und Schüler gegeben sei. Er berichtet, dass jeder wisse, dass man auf einer zweispurigen Autobahn nicht mit drei Autos fahren können und dass dies Blechschäden gebe. Er sehe keinen Bedarf aufgrund der anwachsenden Schülerzahlen, die Oberstufe an der IGS einzurichten. Frau Rehder vom Ratsgymnasium habe detailliert dargestellt, welche Kurse bei Einrichtung der IGS Oberstufe gefährdet wären und dies seien besonders die mit den speziellen Angeboten. RH Dr. Rinck geht auf den finanziellen Aspekt der Einrichtung der IGS ein und stellt klar, dass nichts zu teuer für die Bildung der Kinder sein solle, aber diese solle dann umfassend und sehr gut sein. Die bisherigen Beschlüsse zum Ausbau der IGS seien aus seiner Sicht nicht alle zwangsläufig notwendig gewesen und zumal sehr teuer. RH Dr. Rinck zieht in Zweifel, ob es wirklich gerechtfertigt sei, eine weitere Mio. Euro für die Oberstufe auszugeben. Leerstände wären dann beim Ratsgymnasium und bei der BBS zu erwarten und diese seien so ausgestattet, dass eine gute Unterbringung gewährleistet sei. Die Stadt habe weitere finanziellen Verpflichtungen und es sei fraglich, ob das Geld an dieser Stelle gut angelegt sei. RH Dr. Rinck berichtet, dass nach seiner Wahrnehmung sich die Schülerzahlen nicht verändert haben und verändert werden. Zumindest sei das in Rotenburg nicht der Fall. Von einem nennenswerten Anstieg sei so oder so nicht zu sprechen. Er kritisiert, dass bei der Elternbefragung nicht das Leistungsniveau der Schüler abgefragt wurde und dadurch nicht gesagt werden könne, ob man auf die ausreichende Anzahl von Schülern im „E-Niveau“ komme.

BG Kohlmeyer berichtet, dass seine Fraktion nicht für die Einrichtung der IGS Oberstufe stimmen werde. Die Beantwortung der Fragen der Fraktion sei nicht zufriedenstellend erfolgt. Inhaltlich sei man zwar ein Befürworter der IGS, aber leider gebe es in der Stadt viele, die gegen die IGS und gegen die Einrichtung der Oberstufe an der IGS seien. Das zeitgleiche Schreiben von Herrn Thiemer zur Umfrage sei ein Fehler gewesen, denn der Brief habe die Aufforderung an die Eltern gegeben, für die Einrichtung abzustimmen. Dies sei etwa wie eine Wahlwerbung in einem Wahlbüro zu vergleichen und habe die Umfrage beeinflusst. Der Landkreis sei ebenfalls nicht für die IGS Oberstufe, dies gehe aus einem Schreiben vom Ersten Kreisrat Herrn Dr. Lühring hervor. Er stellt die Frage warum dieses Schreiben nicht direkt von der Verwaltung an die Fraktionen gegangen sei. BG Kohlmeyer hält es für fraglich, ob es eine Abstimmung im Stadtelternrat zur Einrichtung der IGS Oberstufe gegeben habe, denn da gebe es widersprüchliche Zeitungsartikel in der Rotenburger Kreiszeitung. Der Sachverhalt wurde nicht geklärt und dies sei nun auch nicht mehr so wichtig. Er habe mit vielen Eltern gesprochen und hält es für besser, dass die Schule erstmal „richtig läuft“ bevor man weitere Entwicklungen voranbringe. Er berichtet, dass es vereinzelt zu einem Unterrichtsausfall von 40 % der Unterrichtsstunden pro Woche komme. Diesbezüglich solle es wohl Elternabende gegeben haben und ihm seien Listen der Unterrichtsausfälle zugeschickt worden. BG Kohlmeyer wünsche sich mehr Transparenz der Verwaltung und aus den genannten Gründen werde die Fraktion gegen die Einrichtung der Oberstufe stimmen.

BG Behr berichtet, dass nach dem Niedersächsischen Schulgesetz die Oberstufe an einer IGS einzurichten ist und dass diese die Chancengleichheit fördere. Die Schüler hätten einen entscheidenden Vorteil, wenn die Oberstufe bestehe, denn die Jobs seien heutzutage sehr wissensbasierend. Sie führt weiter aus, dass der positive Trend hin zu mehr Bildung und Wissen anhält und die Geburtenzahlen anwachsen. Zudem sei der Bildungsstandort Rotenburg zu erhalten. Sie schätze ein, dass es, da es im Umkreis von Rotenburg nicht viele

Gymnasien gebe, auch genug Schüler gebe, die die Oberstufe an der IGS Rotenburg besuchen können. Der Vorwurf gegen RF Grafe, dass es im Stadtelternrat nicht mit rechten Dingen zugehe, sei haltlos und müsse „vom Tisch“.

RF Niemeier stellt in Aussicht, dass die Fraktion der Grünen heute der Beschlussvorlage zustimmen werden. Die Begründung sei, dass jeder Cent in die Bildung ein richtiger sei und dass man die Chancen für einen höheren Bildungsabschluss eines jeden Schülers erhöhe.

RF Grafe berichtet von Anfeindungen gegen ihre Person, da sie die Vorsitzende des Stadtelternrates sei und führt weiter aus, dass es keine Protokolle des Stadtelternrates gebe. Die Empfehlung des Stadtelternrates zur Einrichtung der Oberstufe an der IGS sei im Stadtelternrat bei einer Enthaltung einstimmig getroffen worden. Sie erklärt des Weiteren, dass es keine E-Mailabfragen gegeben hat. Der Stadtelternrat müsse sich demnächst neu konstituieren. An BG Kohlmeyer gerichtet meint sie, dass zwar viele gegen die Oberstufe an der IGS seien, aber es zähle doch auch, dass die Schülerinnen und die Eltern die Oberstufe an der IGS wollen.

Frau Grube meldet sich im Namen des Lehrerkollegiums der IGS zu Wort und berichtet, dass sie selbst seit zwei Jahren den fünften Jahrgang an der IGS unterrichtet. Die neuen Räume seien sehr groß und schön, aber man könne nur deswegen so gut in den Räumen arbeiten, da diese auch so gut ausgestattet seien. Aus ihrer Sicht vermutet sie stark, dass das gesamte Kollegium sich dafür aussprechen würde, dass die Herrichtungen der Räume, so wie sie durchgeführt wurden, auch nötig gewesen seien. Das Kollegium sei zudem geschlossen für die Einrichtung der Oberstufe an der IGS, denn man wolle die Schülerschaft langfristig begleiten. Man wolle den Schülern auch den Wechsel an eine andere Schule für das Abitur nicht zumuten, denn man wolle für die Schüler verlässlich da sein. Das Kollegium der IGS sei gut aufgestellt und absolut motiviert, dass sich auf die Herausforderung einer Oberstufe freue. Sie habe die Umfrage in ihrer Klasse selbst ausgeteilt und in ihrem betreuten Jahrgang seien die Briefe nicht mit der Umfrage zusammen rausgegangen. Die Situation sei dadurch entstanden, dass sich Herr Thiemer und einige andere Klassen zu dem Zeitpunkt auf Klassenfahrt befanden.

Herr Thiemer berichtet, dass die erste Initiative für eine IGS in Rotenburg schon vor über 30 Jahren bestand. Heute habe in der Zeitung gestanden, dass Herr Leefers im Jahre 2009 eine IGS für Rotenburg gefordert habe. Mittlerweile habe man die IGS und sie sei die einzige Schule in Rotenburg in diesem Bereich. Die Stadt und der Rat habe eine Verantwortung für diese Schule, für die Eltern, für die Lehrer/innen und die Schülerschaft. Er berichtet, dass sich die Lehrkräfte eine Kontinuität für die Beschulung der Schülerschaft von der 5. bis zur 13. Klassenstufen wünschen. Es helfe der Schule nicht, etwas wie einen Unterrichtsausfall oder andere Sachen, zu unterstellen. Es helfe viel mehr in die Schule zu kommen und „Klartext“ zu reden, sowie konstruktive Kritik zu üben. Zu dem Schreiben, dass, wie Frau Grube bereits richtig berichtete, leider auch teilweise erst mit der Umfrage verteilt wurde, berichtet Herr Thiemer, dass die Information über die Haltung der Schule zu diesem Thema auch von ihm pflichtgemäß erfolgen musste. Die Annahme, dass die Eltern durch das Schreiben in Ihrer Meinungsfindung stark beeinflusst wurden, würde den Eltern, seiner Ansicht nach, auch unterstellen, dass sie nicht selbstständig denken können. Eine Oberstufe an der IGS gefährde oder bedrohe, für sein Dafürhalten, nicht die Qualität oder die Existenz einer anderen Oberstufe am Ratsgymnasium oder an der BBS. Der Schulträger sollte sich eine große Chance, wie die Einrichtung der Oberstufe an der IGS, nicht entgehen lassen.

Herr Klee betont, dass er einen Großteil der Diskussion um die: „Einrichtung der IGS versus Oberschule“ miterlebt habe und erinnert daran, dass man am Ende der Diskussion damals wollte, dass in Rotenburg ein anderes Bildungsangebot vorgehalten werde. Die pädagogische Sicht auf die IGS offenbare, dass man den Schülern ein ganz anderes Lernen unterrichte, wie die herkömmlichen Schulen. Die heute vorgetragenen Gegenargumente seien, aus seiner Wahrnehmung, im Wesentlichen „finanzieller Natur“. Man müsse genau gucken, wo das Geld für Schulen richtig investiert sei. Die anderen Argumente seien die nachvollziehbaren „Abwehrgargumente“ gegen eine Verschlechterung am Ratsgymnasium und an der

BBS. Wenn man das Projekt „IGS“ für sich betrachte, sei zu prüfen, ob es in erster Linie pädagogisch und inhaltlich sinnvoll und ggf. erforderlich ist, nicht nur eine „Rumpf“-IGS zu haben, sondern eine lebendige vollausgestattete IGS. Dies sollte, nach seiner Meinung, an erster Stelle bei der Diskussion stehen, denn es gehe um eine Bildungseinrichtung. Alle Argumente gegen die IGS Oberstufe, vor der inhaltlichen Beschäftigung mit dem Projekt vorzubringen, sei nicht richtig. Es sei aufgrund des sehr unterschiedlichen pädagogischen Konzeptes nicht gut, wenn die Kinder auf eine andere weiterführende Schule gehen müssten.

Bgm Weber antwortet auf den Redebeitrag von RH Dr. Rinck, dass er Rotenburg nicht „klein reden“ solle. Rotenburg sei ein anerkanntes Mittelzentrum. Die Behauptung von RH Dr. Rinck sei nicht wissenschaftlich fundiert und auf der Basis zu diskutieren, halte er nicht für angebracht. Kleinere Orte wie Lilienthal seien mit einer IGS Oberstufe und einem Gymnasium ausgestattet. Er habe vorgestern mit dem dortigen Bürgermeister gesprochen und dieser sei sehr zufrieden, dass er diese Schulen vor Ort habe. Der Lilienthaler sei Mitglied der CDU und die Schulen nicht in der Trägerschaft, aber die Schulen seien sehr gut aufgestellt. Bgm Weber hält die Diskussion für leider parteipolitisch geprägt. Er halte es für wichtig, was Frau Grube gerade gesagt habe. Denn es sei auch die Lehrerschaft, die sich die Einrichtung der IGS Oberstufe wünsche. Wenn das Fragezeichen, ob es eine Oberstufe gebe, weg sei, dann sei auch für weitere Lehrerinnen und Lehrer ein Anreiz geschaffen, um an der IGS zu unterrichten. Die Unterrichtsausfälle seien aufgrund einer Unterversorgung mit Lehrkräften an der IGS zustande gekommen. Bgm Weber berichtet, dass es eine Überversorgung mit Lehrkräften am Ratsgymnasium gebe. Aufgrund dessen seien auch momentan Lehrer vom Ratsgymnasium zum Unterricht an der IGS abgeordnet. Er berichtet, dass früher auch die Lehrer nach Hambergen abgeordnet wurden und nun sei die Situation so, dass die Lehrkräfte froh sein könnten, dass sie nicht soweit abgeordnet werden, sondern in Rotenburg bleiben können. Bgm Weber stellt klar, dass ihm der Ausspruch: „für Bildung ist uns nichts zu teuer“ in den Mund gelegt wurde. Er habe dies nicht gesagt, denn er habe gesagt, dass es gut investiertes und überlegt investiertes Geld sei. Zu dem Redebeitrag von BG Kohlmeyer sagt Bgm Weber, dass er sich hoffentlich noch umstimmen lassen werden. Bgm Weber betont, dass er die große Hoffnung habe, dass eine Mehrheit für die Einrichtung der Oberstufe an der IGS zustande kommt. Nur auf Medienberichte zu vertrauen und damit die eigene Entscheidung zu untermauern, halte er nicht für richtig. Denn derjenige der einen besseren Kontakt zur Presse habe, könne ggf. auch auf die Presse einwirken und dies sei nicht gut für die Demokratie. Bgm Weber berichtet, dass BG Kohlmeyer das Wort „Transparenz“ angesprochen habe. Er halte es für ärgerlich, dass immer wieder der Vorwurf komme, dass man nicht transparent arbeite. Auch deswegen habe er BG Kohlmeyer angeboten, über dieses Thema zu sprechen. Dieses Treffen habe BG Kohlmeyer zwar aus beruflichen Gründen abgesagt, aber vor 14 Tagen habe es ein Gespräch zu diesem Thema gegeben. In Richtung der CDU-Fraktion sagt Bgm Weber, dass er vielen Personen gesagt habe, dass er gerne in einer Fraktionssitzung gekommen werde. Leider sei keine Einladung von der CDU-Fraktion erfolgt. Bgm Weber berichtet, dass das von BG Kohlmeyer angesprochene Schreiben von Herrn Dr. Lühring, dass nach Aussage von BG Kohlmeyer ein Beweis für keine Transparenz sei, bevor der Rat das Schreiben bekomme, an die Landesschulbehörde zur Prüfung des Sachverhaltes gegangen sei. Es bestand daran Zweifel, dass der Inhalt seine Richtigkeit habe. Ein zweifelhaftes Schreiben an alle Ratsmitglieder zu verschicken, dass dann große Fragezeichen aufwerfe, sei in seinen Augen nicht richtig. Die Zeit zur Klärung durch die bewilligende Stelle der Einrichtung der Oberstufe an der IGS müsse da sein.

Der Schulausschuss empfiehlt bei 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt die Errichtung einer Oberstufe an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Rotenburg zum Schuljahresbeginn 2020/2021.

Bgm Weber berichtet, dass man aufgrund von bautechnischen Problemen und höheren Kosten, entgegen der Empfehlung des Schulvorstandes, die Variante I als Standort für die Mensa favorisiere. Die Schüler, die am Standort In der Ahe unterrichtet werden sollen, seien zwischen 10 und 16 Jahren und dazu fähig in ein anderes Gebäude zu gehen.

RF Grafe berichtet, dass sie nun ihre persönliche Meinung und nicht die der gesamten SPD-Fraktion äußern werde. Die Situation In der Ahe sei nicht mit der der Schule am Grafel vergleichbar, denn die Schüler müssten In der Ahe unter Aufsicht der Lehrer das Gebäude wechseln. Sie werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

BG Kohlmeyer berichtet, dass sich seine Fraktion für die Variante II ausspricht und dass er sich für die Variante I auch heute ausspricht.

RF Grafe übernimmt für Vors. Holsten, da er sich zur Sache äußern möchte und erteilt ihm das Wort.

BG Holsten berichtet, dass die CDU-Fraktion noch kein abschließendes Votum zur Errichtung der Mensa hat. Er fragt in Richtung von Herrn Thiemer und Frau Grube, ob es bei Standort I eine Räumlichkeit sein werde, bei der diese ein paar Stunden pro Tag auf sei und ansonsten nicht genutzt werde. Für diese geringe Ausnutzung halte er die Investitionssumme für zu hoch. Der „1,75 Mio. Euro-Bau“ könne doch von morgens um 7 bis abends um 22 Uhr genutzt werden, wenn die entsprechenden Veranstaltungen stattfinden würden. Die Kosten-Nutzenrelation sei bei den Varianten für ihn nicht klar zu erkennen.

Herr Thiemer antwortet, dass er es spannend halten würde, wenn Herr Klee zur Variante II berichten könnte. Die Variante II sei ähnlich der Mensa, die an der Theodor-Heuss-Schule seit langem im Betrieb sei. Die Nutzung werde sich hauptsächlich auf die Mittagsverpflegung beschränken und für den Unterricht nur selten, denn da stelle sich das „Hygieneproblem“. Für Prüfungssituationen und für externe Veranstaltungen werde der Raum auch genutzt, dafür sei der Raum wunderbar. Das Argument des Schulvorstandes für die Variante II sei, dass man auch Schüler/innen mit Behinderungen einen leichteren Weg ermöglichen wolle und dass man einen Mehrwert bei Veranstaltungen haben werde. Die räumliche Nähe sei von Vorteil.

Herr Klee berichtet, dass die Nähe der Mensa an die Aula, wo häufig Veranstaltungen stattfinden, sehr angenehm sei und harmonisch wirke.

RH Dr. Rinck berichtet, dass die CDU in der Frage der Standortentscheidung unentschlossen sei und seiner Meinung nach sei die Sache aufgrund der Kurzfristigkeit an sich nicht „abstimmungsreif“. Ursprünglich sei ja die Variante II vorgesehen gewesen. Seine Frage an die Verwaltung sei, warum die Kosten für die Mensa in der mittelfristigen Finanzplanung anders angesetzt war. Zudem wäre gut zu erfahren, welcher Bedarf an einer solchen Mensa bestehe. Es wäre gut, konkrete Zahlen zu den Anschaffungen von Tischen und Stühlen zu haben. RH Dr. Rinck betont noch einmal, dass er und es nicht für sinnvoll erachte, aufgrund des Beratungsbedarfes der Politik, heute abzustimmen.

Frau Grube stellt deutlich klar, dass die Gewährleistung der Aufsicht nicht hergestellt werden könne. Die Variante I sei außerhalb des Schulgeländes und da müsse eine Aufsicht immer vorhanden sein. Mit den bisherigen Lehrkräften sei dies nicht zu leisten.

Bgm Weber berichtet, dass das Ziel der Stadt sei, möglichst das beste Essen vor Ort aufzubereiten. Auch dazu werde eine Vielzahl von Gerätschaften benötigt und er rufe bei den Ausgaben zur Vernunft auf. Denn das Geld könne, auch insbesondere bei IGS, an anderer Stelle gut verwendet werden. In Richtung von RH Dr. Rinck sagt er, dass er es nicht für richtig halte, heute keinen Beschluss zu treffen. Der Schulausschuss habe ein empfehlendes Votum und die abschließende Entscheidung gebe es im Verwaltungsausschuss bzw. in der Ratssitzung. Eine Empfehlung durch den Schulausschuss sei aber unerlässlich.

